

**RENATE MARTINSEN (Hg.): Politik und Biotechnologie. Die Zumutung der Zukunft. Baden-Baden: Nomos, 1997. 358 S., DM 78,- ISBN 3-7890-4665-5**

**Rezension von Alfons Bora, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung**

Die Biotechnologie stellt die Politik in zuge-spitzter Form vor das Problem des Entscheidens unter Ungewißheit. Welche Möglichkeiten der Technikgestaltung hat hier der Staat und wie kann er in seinen Entscheidungsmechanismen auf die gerade bei neuen Technologien thematische Zukunftsoffenheit des Entscheidens reagieren? Mit diesen Fragen beschäftigt sich der von Renate Martinsen herausgegebene Sammelband. Er enthält überarbeitete Fassungen von Vorträgen, die auf einer Tagung des Instituts für Höhere Studien in Wien gehalten wurden. Dabei geht es erklärtermaßen um eine doppelte Perspektive: um politische Steuerbarkeit technischen Wandels ebenso wie um den durch neue Technik induzierten politischen Wandel.

Das Buch ist in sechs Teile gegliedert. *Perspektiven der politikwissenschaftlichen Analyse* erörtern Daniel Barben und Thomas Saretzki. *Barben* analysiert die diskursive Rahmung der Biotechnologie in Wissenschaft, Ökonomie, Politik, Recht usw. *Saretzki* plädiert dafür, die steuerungstheoretische Perspektive um die komplementäre Frage nach den möglichen Transformationen der Politik infolge einer Technisierung der Natur zu ergänzen. Der zweite Teil enthält Beiträge zur institutionellen Interessenvertretung in der Biotechnologiepolitik. *Hugo Reister* beschreibt die innerverbandlichen Komplikationen, welche die Beteiligung der Gewerkschaften an der Enquete-Kommission "Chancen und Risiken der Gentechnik" mit sich brachten. *Karsten Ronit* beschäftigt sich mit der Entwicklung nationaler und europäischer Systeme der Interessenvermittlung. Und der Aufsatz von *Richard Lehne* informiert über "Marktregimes, Interessenvertretung und Biotechnologie in den Vereinigten Staaten". Den folgenden Abschnitt über Biotechnologiepolitik in der europäischen Union eröffnet *Elisabeth Bongert* mit der Frage: "Towards a 'European Bio-Society'?" *Gaby Abels* diskutiert die Chancen europäischer Parlamentspolitik. Mit der

Frage nach der "Ausweitung politischer Strategien im Mehrebenensystem" wendet sich *Nils Bandelow* dem komplexen Verhältnis von europäischer, nationalstaatlicher und Länderpolitik auf dem Feld der Gentechnik zu. Sodann geht es im vierten Teil um *Technikfolgenabschätzung, Evaluation und Steuerung*. *Stephan Albrecht* fordert ein Kommunikationsnetzwerk von Beteiligten und Betroffenen, die Einbeziehung regionaler, nationaler und internationaler Aspekte, eine mittel- bis langfristige Anlage von TA-Prozessen und ihrer materiellen Absicherung, die Ausarbeitung alternativer Technikoptionen, die Rückbesinnung auf die gesellschaftliche Rolle der Hochschulen und schließlich eine klare Bestimmung der Funktion von TA in rechtlichen Genehmigungsverfahren. *Doris Holland* und *Thomas Reiß* beschäftigen sich mit der "Evaluation von biotechnologischen Fördermaßnahmen" am Beispiel des Förderprogramms "Biotechnologie in der Wirtschaft". *Renate Martinsen* stellt den Begriff der Sozialverträglichkeit auf den Prüfstand. Die im Tenor skeptischen Überlegungen zur Planbarkeit und Gestaltbarkeit von Technik münden in die Frage, ob repräsentative Demokratien strukturell überhaupt die Voraussetzungen einer über Partizipation laufenden Sozialverträglichkeitsprüfung bereitstellen können. *Risikopotential und gesellschaftliche Konflikte* bilden den thematischen Schwerpunkt des fünften Teils. *Dagmar Hoffmann* untersucht die "Barrieren für eine Anti-Gen-Bewegung". "Von den Nachbarn lernen?" fragen *Maria Behrens*, *Sylvia Meyer-Stumborg* und *Georg Simonis* in ihrer Analyse der öffentlichen Diskurse von Novo Nordisk (Dänemark) und Unilever (Niederlande) bei der Einführung gentechnisch erzeugter Lebensmittel. Die Chancen einer partizipatorischen Technikfolgenabschätzung untersucht *Wolfgang van den Daele*, der das am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) durchgeführte TA-Verfahren zu gentechnisch erzeugter Herbizidresistenz in Nutzpflanzen vorstellt. *Bernhard Gill* fordert in seinem Beitrag über "hypothetische Risiken" als Ansatzpunkte zu einer vorausschauenden Umweltpolitik eine hypothesenbasierte, parallele Behandlung neuer Technik in allen betroffenen gesellschaftlichen Subsystemen. Der abschließende sechste Teil steht unter dem Motto *Wissen, Macht, Diskurs*. Am Beispiel der französischen Gentechnologiepolitik zeigt *Herbert*

*Gottweis*, wie die Entwicklung eines neuen Politikfeldes als Aufbauprozeß von Bedeutungsnetzwerken verstanden werden kann, in denen Beziehungen zwischen menschlichen Akteuren, Institutionen aber auch Artefakten entstehen. Volker *Heins* beschließt den Band mit einem Beitrag über die Auswirkungen, die das industrielle Interesse an den genetischen Ressourcen wildlebender Pflanzen und Tiere auf die Wissensordnung der Welt haben könnte.

Der Band ist sorgfältig ediert und übersichtlich zusammengestellt. Er bietet insgesamt eine Fülle von interessanten und durchweg verständlich abgefaßten Aufsätzen, welche das Themenspektrum der Biotechnologiepolitik wohl nahezu vollständig abdecken; nach den einleitenden Bemerkungen hätte man allenfalls noch mehr und schärfer konturierte Beiträge zur Theorie der Biotechnologiepolitik erwartet.

Insgesamt kann man jedoch sagen: Es ist für jeden etwas dabei. Und eben darin liegen wohl zugleich die Stärken und Schwächen des Buches, da diese – durchaus positiv zu würdigende – thematische Breite gleichzeitig nur durch einen gewissen Verlust an Kohärenz des gesamten Bandes erkauft werden kann. Es gibt, mit anderen Worten, nur wenige Querverbindungen zwischen den einzelnen Beiträgen, ein Gesamtbild als Antwort auf die einleitend aufgeworfenen Fragen will sich nicht recht ergeben. Dennoch hat der Band seine Meriten, da er gerade als Einstieg in eine vertiefende Auseinandersetzung mit dem Thema einen guten Überblick über das Feld bietet. Zwar werden Leser, die sich mit einem der Spezialgebiete schon eingehender vertraut gemacht haben, wahrscheinlich auf wenig Überraschendes stoßen; so ist es dem Rezensenten jedenfalls mit den Abschnitten "Technikfolgenabschätzung, Evaluation und Steuerung" sowie "Risikopotential und gesellschaftliche Konflikte" ergangen. Gleichwohl wird man sagen dürfen, daß mit "Biotechnologie und Politik" ein Band vorliegt, der – trotz der erwähnten Schwächen – vor allem für all diejenigen, die eine erste Annäherung an die eine oder andere speziellere Debatte suchen, eine wertvolle Hilfe sein wird.

»

**A. ROLF: Grundlagen der Organisations- und Wirtschaftsinformatik. Berlin u.a.: Springer Verlag, 1998. DM 49,90. ISBN 3-540-63881-4**

Der Autor stellt die Wirtschaftsinformatik aus einer interdisziplinären Perspektive dar. Der Organisationstheorie wird dabei eine prominente Rolle zugewiesen. Im Hauptteil werden aktuelle Technikooptionen wie SAP R/3, Lotus Notes, Komponentensoftware oder das Intranet vorgestellt und mit innovativen Organisationsoptionen verknüpft. Der Wirtschaftsinformatik wird empfohlen, sich als Gestaltungsforschung zu verstehen. Ein Modell wird dafür ausgearbeitet. Neu ist auch, daß das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung (sustainable development) für die Wirtschaftsinformatik operationalisiert wird.

Die folgenden Punkte charakterisieren das Selbstverständnis des Buches:

1. *Die Organisations- und Wirtschaftsinformatik hat die Aufgabe, allen Akteuren Optionen aufzuzeigen*

Das Buch will dem Wirtschaftsinformatiker Optionen anbieten. Es gibt nicht die beste Lösung oder das alles überragende Produkt, sondern für bestimmte Arbeits- und Organisations-situationen angemessene oder weniger angemessene Lösungen, wobei dies von der Perspektive der beteiligten Akteure abhängig ist. Daraus folgt, daß bei Entwicklung bzw. Auswahl der Modelle, Methoden, Werkzeuge und Softwareprodukte die Vielfalt der Akteure berücksichtigt werden muß und nicht nur eine Akteursgruppe, z.B. das Management, bedient werden sollte.

Die Darstellung der Optionen erfolgt, indem Spannungsfelder aufgebaut werden, die die unterschiedlichen methodischen Annahmen der Optionen in den Mittelpunkt rücken. So entsteht ein Methodenrahmenwerk, mit dem auch nicht behandelte Optionen eingeordnet und bewertet werden können. Beispielsweise wird der Standardsoftware SAP R/3, die ganze Unternehmensorganisationen modelliert, das WAM-Konzept gegenübergestellt, das die Softwareunterstützung von Einzelarbeitsplätzen im Blick hat.